#PERSONENVERKEHR 01. April 2016

Keine rechtsfreien Räume in Bussen, Zügen und Bahnhöfen!

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fordert ein entschiedeneres Vorgehen gegen die zunehmenden Übergriffe in Zügen, Bussen und Bahnhöfen. „Die Unternehmen und die Politik sind aufgerufen, dafür zu sorgen, dass in Bahnen und Bussen sowie auf Stationen keine rechtsfreien Räume entstehen“, sagte der Stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel. „Beschäftigte der Verkehrsunternehmen haben ein Recht darauf, ohne Angst zur Arbeit zu gehen.“

Immer wieder berichten Beschäftigte der Bus- und Bahnunternehmen von Übergriffen bei der Arbeit. „Es wird beleidigt, gespuckt, gekratzt, gebissen, geschubst, geschlagen, sexuell belästigt, körperlich attackiert." sagte der Stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fordert ein entschiedeneres Vorgehen gegen die zunehmenden Übergriffe in Zügen, Bussen und Bahnhöfen. „Die Unternehmen und die Politik sind aufgerufen, dafür zu sorgen, dass in Bahnen und Bussen sowie auf Stationen keine rechtsfreien Räume entstehen“, so Hommel. „Beschäftigte der Verkehrsunternehmen haben ein Recht darauf, ohne Angst zur Arbeit zu gehen."

Unsere Kernforderungen lauten daher:

- 100%ige Zugbegleiterquote im SPNV
- Doppelbesetzung auf schwierigen Relationen
- Sonderzüge müssen von Sicherheitsfachkräften bzw. der Bundespolizei begleitet werden
- Mehr Deeskalationstrainings
- Bessere Nachsorge
- Konsequente Strafverfolgung

Die EVG und ihre Betriebsräte sehen neben den Unternehmen auch die Bundesländer und die Bestellerorganisationen in der Pflicht. „Doppelbesetzung von Zügen bzw. zusätzliche Bestreifungen durch DB Sicherheit oder die Bundespolizei sind möglich und können oftmals schon die Lösung für eine Problemstrecke sein“, sagte Hommel. „Dafür müssen die Bestellerorganisationen schlicht und einfach das Geld in die Hand nehmen. Sicherheit ist kein Luxus, Sicherheit ist ein Grundbedürfnis.“

Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der DB Regio AG, Jürgen Knörzer, wies darauf hin, dass der GBR und die EVG bereits vor Jahren mit der DB AG die Vereinbarung „sicher unterwegs“ abgeschlossen haben. Sie sieht eine Reihe von Maßnahmen im Bereich Prävention, Dokumentation und Nachsorge vor. „Leider stellen wir fest, dass die dort getroffenen Vereinbarungen vor Ort nicht immer umgesetzt und gelebt werden.“ Das größte Problem für die Beschäftigten sei jedoch „die nicht wahrnehmbare Unterstützung“, so Knörzer weiter. „Keine Unterstützung von Aufgabenträgern und der Politik, weil das Erbringen von Verkehrsleistungen einfach nur so preiswert wie möglich sein soll. Keine Unterstützung vor Ort im Ereignisfall, weil die Schichten zumeist im Alleindienst stattfinden. Keine Unterstützung im Nachhinein, weil sich niemand dafür interessiert. Das muss sich ändern.“